



---

## ANGENOMMENE TEXTE

---

### **P9\_TA(2021)0252**

#### **Die Lage in Haiti**

#### **Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Mai 2021 zur Lage in Haiti (2021/2694(RSP))**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine früheren Entschlüsse zu Haiti, insbesondere die Entschlüsse vom 19. Januar 2011 zur Lage in Haiti ein Jahr nach dem Erdbeben: humanitäre Hilfe und Wiederaufbau<sup>1</sup>, vom 8. Februar 2018 zur Kindersklaverei in Haiti<sup>2</sup> und vom 28. November 2019<sup>3</sup>,
- unter Hinweis auf die Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 24. März 2021 zu Haiti,
- unter Hinweis auf den Bericht des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Haiti (BINUH) vom 11. Februar 2021,
- unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom Dezember 1948,
- unter Hinweis auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) vom 16. Dezember 1966,
- unter Hinweis auf die Amerikanische Menschenrechtskonvention,
- unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989,
- unter Hinweis auf die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Grundprinzipien der Unabhängigkeit der Richterschaft,
- unter Hinweis auf das Universelle Richterstatut und das Statut der iberoamerikanischen Richter,
- unter Hinweis auf das Cotonou-Abkommen,

---

<sup>1</sup> ABl. C 136 E vom 11.5.2012, S. 46.

<sup>2</sup> ABl. C 463 vom 21.12.2018, S. 40.

<sup>3</sup> Angenommene Texte, P9\_TA(2019)0074.

- unter Hinweis auf die Verfassung der Republik Haiti aus dem Jahr 1987,
  - unter Hinweis auf den gemeinsamen Bericht des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) und des BINUH vom 18. Januar 2021 mit dem Titel „Unrest in Haiti: Their impact on Human Rights and the State’s obligation to protect all citizens“ (Die Auswirkungen der Unruhen in Haiti auf die Menschenrechte und die Pflicht des Staates, alle Bürger zu schützen),
  - gestützt auf Artikel 144 Absatz 5 und Artikel 132 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass es nicht gelungen ist, im Oktober 2020 Wahlen abzuhalten, was zur Folge hatte, dass per Dekret regiert wird, und in der Erwägung, dass über gescheiterte Putschversuche berichtet wird, was darauf hindeutet, dass die politische und soziale Instabilität in Haiti zunimmt;
  - B. in der Erwägung, dass die politische Opposition und zivilgesellschaftliche Gruppen geltend machen, dass die Amtszeit von Präsident Moïse gemäß der Entscheidung des Obersten Justizrates Haitis am 6. Februar 2021 endete, und auf die Ernennung eines vorläufigen Präsidenten bestehen; in der Erwägung, dass sich Jovenel Moïse weigert, zurückzutreten, da er der Ansicht ist, dass seine Amtszeit im Februar 2017 begonnen hat, nachdem er im Anschluss an eine zweite Wahl im Jahr 2016 gewählt wurde, da das Ergebnis der vorherigen Wahl aufgrund mutmaßlichen Betrugs angefochten worden war;
  - C. in der Erwägung, dass Tausende Haitianer seit dem 14. Januar 2021 gegen die Verlängerung der Amtszeit von Präsident Moïse um ein Jahr sowie gegen das Referendum protestieren; in der Erwägung, dass die Proteste gewaltsam niedergeschlagen werden;
  - D. in der Erwägung, dass die Amtszeit aller Mitglieder der Abgeordnetenversammlung und von zwei Drittel der Mitglieder des Senats im Januar 2020 endete und dass die Amtszeit aller Bürgermeister im Juli 2020 endete, da es 2019 nicht gelungen war, rechtzeitig Wahlen abzuhalten; in der Erwägung, dass Präsident Moïse seitdem per Dekret regiert, wobei eine Vielzahl der Dekrete seine Macht als Präsident stärkt; in der Erwägung, dass Präsident Moïse Parlaments-, Kommunal- und Präsidentschaftswahlen für den 19. September 2021 anberaumt hat;
  - E. in der Erwägung, dass Präsident Moïse am 5. Januar 2021 verfügt hat, dass am 27. Juni 2021 ein Verfassungsreferendum stattfinden solle, und dass er seinen Beschluss trotz der Proteste sowohl im Land selbst als auch seitens der internationalen Gemeinschaft jüngst bestätigt hat; in der Erwägung, dass die vorgeschlagene Verfassungsreform eine noch stärkere Konzentration der Exekutivbefugnisse bedeuten würde; in der Erwägung, dass allgemeine Wahlen zur Änderung der Verfassung gemäß Artikel 284.3 der haitianischen Verfassung streng verboten sind; in der Erwägung, dass seitdem Tausende Haitianer auf die Straße gegangen sind, um gegen das Referendum zu protestieren;
  - F. in der Erwägung, dass die EU am 6. Mai 2021 angekündigt hat, dass sie weder die Abhaltung des für den 27. Juni 2021 geplanten Referendums in Haiti finanzieren noch Beobachter zu dessen Überwachung entsenden werde, da sie das Verfahren in einem Land, das von Unsicherheit und politischer Instabilität geprägt ist, für nicht ausreichend transparent und demokratisch erachtet;

- G. in der Erwägung, dass die Kerngruppe für Haiti, die sich aus der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, den Botschaftern Brasiliens, Kanadas, Frankreichs, Deutschlands, Spaniens, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten und dem Sonderbeauftragten der Organisation Amerikanischer Staaten zusammensetzt, ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht hat, dass das Verfahren der Verfassungsänderung nicht ausreichend inklusiv, partizipativ und transparent gewesen sei;
- H. in der Erwägung, dass Präsident Moïse den Ergebnissen der Untersuchung des Senats und einem Bericht des Obersten Rechnungshofs Haitis zufolge in einen Fall von Veruntreuung und Betrug verwickelt sein soll und mutmaßlich Gelder aus dem PetroCaribe-Programm erhalten hat;
- I. in der Erwägung, dass Yvickel Dieujuste Dabrésil, Richter am Obersten Gerichtshof Haitis, am 7. Februar 2021 zusammen mit 18 weiteren Personen verhaftet und der Verschwörung gegen die Regierung beschuldigt wurde; in der Erwägung, dass Richter Dabrésil am 11. Februar 2021 freigelassen wurde, die anderen 17 Personen sich aber nach wie vor in Haft befinden;
- J. in der Erwägung, dass Präsident Moïse am 8. Februar 2021 ein Dekret erlassen hat, mit dem die „Versetzung in den Ruhestand“ von drei Richtern des Obersten Gerichtshofs (Yvickel Dieujuste Dabrésil, Joseph Mécène Jean-Louis und Wendelle Coq Thelot) angeordnet wurde, und wenige Tage später ein weiteres Dekret zur Ernennung von drei neuen Richtern am Obersten Gerichtshof erlassen hat, ohne die im Gesetz vorgesehenen Verfahren einzuhalten; in der Erwägung, dass das Personal im Dienste des Justizwesens als Reaktion darauf am Montag, 15. Februar 2021, einen unbefristeten Streik begonnen hat;
- K. in der Erwägung, dass das haitianische Regime im März 2021 einen hochrangigen Polizeibeamten verhaftet hat, wodurch die Verfassungskrise im Land exponentiell verschärft wurde;
- L. in der Erwägung, dass Haiti im vergangenen Monat eine starke Zunahme der Gewalt, etwa Entführungen, Vergewaltigungen, Tötungsdelikte und Massaker, erlebt hat, die überwiegend von bewaffneten Banden ausging, deren Handeln fast gänzlich ungestraft bleibt; in der Erwägung, dass in den ersten drei Monaten des Jahres 2021 117 Menschen ermordet und 142 Menschen entführt wurden; in der Erwägung, dass es allein im April 2021 zu 91 Entführungen kam;
- M. in der Erwägung, dass die Entführung mehrerer Mitglieder des katholischen Klerus (die anschließend wieder freigelassen wurden), die sich für die Bevölkerung vor Ort einsetzen, zu der es am 11. April 2021 in Port-au-Prince kam, die haitianische und die internationale Öffentlichkeit zutiefst schockiert und zu einer Intensivierung der Proteste gegen die derzeitige Regierung geführt hat;
- N. in der Erwägung, dass seit 2015 über 300 000 Menschen das Land verlassen haben; in der Erwägung, dass die zunehmende Gewalt und die sich verschlechternde Sicherheitslage im Land zu einem starken Anstieg der Zahl der Asylsuchenden aus Haiti, insbesondere in Französisch-Guayana, und zum Rückzug vieler internationaler und humanitärer nichtstaatlicher Organisationen aus Haiti geführt haben;

- O. in der Erwägung, dass Haiti in den vergangenen Jahren mehrere Wellen umfassender Mobilisierung gegen hohe Lebenshaltungskosten, Autoritarismus und Korruption erlebt hat; in der Erwägung, dass die anhaltende politische Krise im Zusammenhang mit der Verschlechterung aller sozialen, wirtschaftlichen, sicherheits- und menschenrechtsrelevanten Indikatoren steht und diesen entspricht; in der Erwägung, dass die Armut zugenommen hat, sich der Zugang zu grundlegenden Sozialleistungen, der bereits eingeschränkt war, weiter verringert hat und sich die Ernährungsunsicherheit im Zeitraum von zwei Jahren fast verdoppelt hat und nunmehr Millionen von Haitianern betrifft; in der Erwägung, dass Haiti das einzige Land des amerikanischen Kontinents ist, das zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählt; in der Erwägung, dass Haiti, das nach dem Index der menschlichen Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) 2019 den 170. Rang aller Länder weltweit einnimmt, weiterhin auf humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe angewiesen ist und das ärmste Land des amerikanischen Kontinents und eines der ärmsten Länder der Welt ist, da 59 % seiner Bevölkerung unterhalb der nationalen Armutsgrenze leben; in der Erwägung, dass die Korruption innerhalb der Regierung grassiert und Haiti im Korruptionswahrnehmungsindex 2018 von Transparency International unter den 180 berücksichtigten Staaten den 161. Rang einnimmt;
- P. in der Erwägung, dass zwischen August 2020 und Februar 2021 etwa vier Millionen Menschen<sup>1</sup> in Haiti akuter Ernährungsunsicherheit ausgesetzt waren; in der Erwägung dass der wirtschaftliche Niedergang, schlechte Ernten, der Hurrikan Laura (am 23. August 2020) und die COVID-19-Pandemie zu den Hauptursachen dafür zählen, dass sich die Lage in Bezug auf die Ernährungssicherheit verschärft hat;
- Q. in der Erwägung, dass die Unruhen und das bürokratische Chaos in den Mittelpunkt gerückt sind, was Störungen bei der Bereitstellung von COVID-19-Impfstoffen durch Haiti verursacht und dadurch das Risiko birgt, dass es mehr Todesopfer zu beklagen gibt und das Land bei der weltweiten Bekämpfung des Virus ins Hintertreffen gerät; in der Erwägung, dass der unzureichende Umgang mit der COVID-19-Pandemie nur zu den bereits bestehenden zugrundeliegenden gesellschaftlichen Problemen beiträgt;
- R. in der Erwägung, dass Haiti für die Finanzierung des Wiederaufbaus nach dem Erdbeben von 2010 von der internationalen Gemeinschaft Hilfe in beispiellosem Ausmaß erhalten hat; in der Erwägung, dass diese Bemühungen für die Bevölkerung Haitis heute in keiner Weise spürbar sind, weshalb eine schlechte Regierungsführung und eine erhebliche Misswirtschaft mit den Finanzmitteln zu befürchten sind;
- S. in der Erwägung, dass aufgrund der Misswirtschaft mit internationalen Mitteln, die das Land erhalten hat, und der hohen Gebühren für Bildung, verbunden mit den oftmals niedrigen Einkommen der Familien und der geringen Qualität des Bildungsangebots, etwa die Hälfte der Haitianer ab 15 Jahren Analphabeten sind; in der Erwägung, dass aufgrund der weiteren Eskalation der Unruhen, aufgrund der Pandemie und aufgrund von deren Auswirkungen auf den Alltag der Haitianer 70 % der haitianischen Kinder keine Schule besuchen; in der Erwägung, dass mindestens 350 000 Kinder und junge Menschen im ganzen Land keine Grund- oder Sekundarschule besuchen;
- T. in der Erwägung, dass das System des Restavèk, eine moderne Form der Sklaverei, in Haiti immer noch gängige Praxis ist; in der Erwägung, dass dieses System darin besteht,

---

<sup>1</sup> Quelle: Daten der Integrierten Phasenklassifikation zur Ernährungssicherheit (IPC).

dass haitianische Kinder aus armen Familien von ihren Eltern an andere Familien abgegeben werden, bei denen sie leben und als Hausangestellte arbeiten; in der Erwägung, dass diese Kinder oftmals Opfer von Missbrauch und Misshandlung sind und keinen Zugang zu Schulbildung haben;

1. fordert die Behörden Haitis nachdrücklich auf, freie, faire, transparente und glaubwürdige Parlaments-, Kommunal- und Präsidentschaftswahlen abzuhalten und während dieser Wahlen für anhaltende Sicherheit zu sorgen; weist erneut darauf hin, dass die EU keine finanzielle oder technische Unterstützung für die Wahlprozesse bereitstellen sollte, solange die Bedingungen in Bezug auf Transparenz, Fairness und Demokratie nicht erfüllt sind; verweist darauf, dass die anhaltende politische Krise in Haiti nur durch einen glaubwürdigen, transparenten, partizipativen und friedlichen Wahlprozess überwunden werden kann;
2. betont, wie wichtig ein unabhängiges und besser zugängliches Justizsystem ist, und fordert die haitianische Regierung auf, die Verfassung Haitis von 1987, insbesondere Artikel 284.3, sowie die Grundsätze der Demokratie zu achten und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken; beharrt darauf, dass die umfassende, gleichberechtigte und sinnvolle Teilhabe von Frauen und die Einbeziehung aller Haitianer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie der Zivilgesellschaft, in die politischen Prozesse Haitis von entscheidender Bedeutung sind;
3. beharrt nachdrücklich darauf, dass die haitianischen Behörden ihre Bemühungen um die Beendigung der Zusammenstöße zwischen verschiedenen Banden sowie der bewaffneten Angriffe auf Zivilisten und Strafverfolgungsbeamte intensivieren und die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht stellen müssen;
4. ist weiterhin zutiefst besorgt über die sich verschlechternde humanitäre, politische und sicherheitspolitische Lage in Haiti; verurteilt aufs Schärfste sämtliche Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten, insbesondere die steigende Anzahl von Entführungen, der Fälle von Kinderhandel mit der Dominikanischen Republik, von Tötungsdelikten und Vergewaltigungen, und betont, dass Gewalt gegen Frauen, Mädchen und ältere Menschen bekämpft werden muss; verurteilt aufs Schärfste die Entführung mehrerer Angehöriger des katholischen Klerus im vergangenen Monat in Port-au-Prince; verweist darauf, dass die Gewalt in Haiti eng verknüpft ist mit bewaffneten Banden, von denen einige von Oligarchen vor Ort unterstützt und finanziert werden; fordert eine umgehende und abgestimmte Reaktion der haitianischen Behörden, um Gewalt zu verhindern, ihre Ursachen zu bekämpfen und die Straffreiheit der Verantwortlichen zu beenden; verweist darauf, dass die Reform des Justizsystems und die Bekämpfung der Korruption weiterhin Priorität haben müssen;
5. fordert eine unabhängige Untersuchung des Massakers von La Saline und vergleichbarer Gräueltaten; fordert, dass alle für diese Verbrechen Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden und ihnen ein faires Verfahren gewährt wird;
6. verurteilt die mutmaßliche Anwendung tödlicher Gewalt gegen Demonstranten sowie willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen; verurteilt die Gewalt gegen Journalisten; fordert die haitianischen Behörden nachdrücklich auf, der Praxis der lang andauernden Untersuchungshaft ein Ende zu setzen; fordert die haitianischen Behörden auf, die Grundrechte, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Vereinigungsfreiheit zu achten;

7. bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung für alle Menschenrechtsverteidiger und Umweltaktivisten in Haiti und für ihre Tätigkeit;
8. fordert die haitianischen Behörden auf, auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen – darunter auch bei der Bekämpfung der Korruption und des Klientelismus – für eine verantwortungsvollere Regierungsführung zu sorgen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, systematisch dafür zu sorgen, dass jede Hilfe, einschließlich der humanitären Hilfe, wirksam überwacht wird, damit sichergestellt ist, dass sie für jene Projekte verwendet wird, für die sie gewährt wird;
9. fordert die haitianischen Behörden auf, die Verdachtsfälle von Betrug und Misswirtschaft im Zusammenhang mit den internationalen Mitteln, die das Land infolge des Erdbebens von 2010 erhalten hat, aufzuklären und die Täter zu bestrafen;
10. fordert – insbesondere aufgrund der jüngsten Korruptionsvorwürfe und des Berichts des Obersten Rechnungshofs Haitis – eine Prüfung und einen Bericht des Europäischen Rechnungshofs dazu, wie EU-Mittel in Haiti verwendet werden;
11. fordert, dass die Europäische Union weiterhin finanzielle Mittel für Haiti bereitstellt, um die schwere Ernährungsunsicherheit und Mangelernährung, die durch die COVID-19-Pandemie noch verschärft wurden, zu bekämpfen; fordert ferner die zuständigen Dienststellen der Europäischen Union auf, die Überwachung und ordnungsgemäße Verwaltung der EU-Hilfe sicherzustellen, damit diese direkt den bedürftigen Bevölkerungsgruppen zugutekommt;
12. bedauert, dass Haiti noch nicht die erforderlichen Schritte unternommen hat, um COVID-19-Impfstoffe zu erhalten; fordert die haitianischen Behörden nachdrücklich auf, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die Impfstoffe zu erhalten;
13. begrüßt die Bereitstellung von 17 Mio. EUR durch die EU, um die Bedürftigsten in Haiti und anderen Ländern der Karibik zu unterstützen; fordert die Kommission auf, der humanitären Hilfe für Haiti weiterhin Vorrang einzuräumen; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Bereitstellung humanitärer Hilfe für Haiti wirksam mit der Entwicklungsstrategie des Landes verknüpft ist;
14. fordert ein Ende der Restavèk-Praxis; fordert die haitianische Regierung auf, Maßnahmen einzuführen, mit denen sichergestellt wird, dass Kinder registriert und sowohl körperlich als auch psychisch geschützt werden, und die Schulpflicht durchzusetzen; fordert die EU auf, mit der haitianischen Regierung dahingehend zusammenzuarbeiten, einen Rechtsrahmen umzusetzen, um die Rechte der Kinder zu schützen;
15. fordert die Regierung Haitis auf, das Wohlergehen seiner Bürger in allen wesentlichen Belangen sicherzustellen; betont, dass es andernfalls zu einer unumkehrbaren Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften kommen und dies dazu führen könnte, dass Haiti nicht funktionsfähig ist;
16. ist besorgt über den massenhaften Zustrom von haitianischen Staatsangehörigen in Französisch-Guayana, die Asyl suchen oder sich in einer irregulären Situation befinden, und fordert die EU auf, die europäischen Hoheitsgebiete in der Region dabei zu unterstützen, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels zu verstärken;

17. bekräftigt, wie wichtig einheitliche, abgestimmte und verstärkte internationale Anstrengungen zur Unterstützung der Bevölkerung Haitis sind; betont, wie wichtig es ist, Haiti weiterhin vonseiten der EU und von internationaler Seite zu unterstützen, um dazu beizutragen, die Voraussetzungen für friedliche, demokratische Wahlen zu schaffen, und um die langfristige Stabilität, Entwicklung und wirtschaftliche Eigenständigkeit des Landes zu ermöglichen;
18. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Menschenrechte, der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Ministerrat und der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten und der Europäischen Union sowie den Organen des Cariforum und den haitianischen Behörden zu übermitteln.